

Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Innsbrucker Nachrichten. 1854-1945 1926

15.11.1926



Unabhängige Tageszeitung mit Wochenbeilage

und mit der illustrierten Monatschrift „Vergland“.

Für nicht verlangte Einblendungen an Redaktion und Verwaltung wird keinerlei Haftung übernommen, auch eine Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. — Eigentümer, Verleger und Drucker: Wagner'sche Universitäts-Buchdruckerei in Innsbruck, Erlersstraße 5. — Verantwortlicher Schriftleiter J. C. Langhans. Für den Inseratenteil verantwortlich Rudolf Wagner.

Preis: Schriftleitung Nr. 750

Bezugspreise: Am Platz monatlich in den Abholstellen S 4.20, mit Zustellung ins Haus S 4.60. Einzelnummer 20 Groschen. Sonntagnummer 30 Groschen. Mit Postzusendung monatlich S 4.60. Deutschland monatlich S 5.—; in das übrige Ausland monatlich S 7.—. Mit Postzusendung nach Süditalien oder Italien monatlich Lire 16.—, Einzelnummer Lire —.70 (—80). Postsparkassa-Konto 52.677.

Preis: Verwaltung Nr. 751

Wiener Büro: Wien, I., Ribbelungengasse 4 (Schillerhof), Fernruf 24-29. Die Bezugsgebühren sind im vorhinein zu entrichten. Jedes einmal eingeleitete Bezugsverhältnis währt bis zum Ende desjenigen Monats, in dem die schriftliche Abmeldung erfolgt. Entgeltliche Anfordigungen im redaktionellen Teile sind mit einem Kreuze und einer Nummer kenntlich gemacht.

Nummer 262

Montag, den 15. November 1926

73. Jahrgang

Wochenkalender: Montag, 15. Leopold M. Dienstag, 16. Othmar A. Mittwoch, 17. Gregor Th. Donnerstag, 18. Odo Abt. Freitag, 19. Elisabeth. Samstag, 20. Felly v. B. Sonntag, 21. Maria D.

Große italienfeindliche Demonstrationen in Laibach.

Sympathiekundgebungen vor dem französischen Konsulat. — Der Abgeordnete Wilfan enthaftet.

Laibach, 13. Nov. Aus Laibach wird gemeldet: Wegen der Verhaftung des slowenischen Abg. Wilfan fanden gestern Straßendemonstrationen statt. Die Demonstranten zogen zunächst vor das französische Konsulat, wo sie Sympathiekundgebungen für Frankreich veranstalteten. Sodann wollten sie vor das italienische Konsulat ziehen, wurden jedoch von der Polizei daran gehindert, die die Straßen abgesperrt hatte.

Das in Laibach erscheinende Blatt „Jutro“ meldet, daß Wilfan von der italienischen Polizei wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Die Polizei erklärte, daß seine Verhaftung auf einen irrtümlichen Befehl erfolgt sei.

Italien verlangt für die Angriffe Radic' reißlose Genugtuung.

Belgrad, 14. Nov. Wie aus Laibach gemeldet wird, hatte die gestrige Demonstration gegen das italienische Konsulat einen sehr ernsten Charakter. Die gesamte Bevölkerung, Studenten, Arbeiter und Bürger, marschierten gegen das italienische Konsulat, um ihrem unwilligen über die faschistischen Gewalttätigkeiten Ausdruck zu geben. Nachdem sich die Polizei als zu schwach erwies, um die Absichten der Demonstranten zu vereiteln, mußte Generalmajor und Militär zur Verstärkung herangezogen werden.

Wie man erfährt, übergab der italienische Gesandte Bordero anlässlich seines Besuches bei Dr. Rincic einen schriftlichen Protest gegen die Angriffe Radic' und verlangte offiziell von der jugoslawischen Regierung reißlose Genugtuung.

Bedrohung des Führers der Görzer Slowenen.

Laibach, 14. Nov. „Slovenec“ meldet, daß die Faschisten eine öffentliche Kundmachung erlassen hätten, in der der Führer der Görzer Slowenen, Dr. Besenjak, aufgefordert wird, Görz zu verlassen, weil sonst für sein Leben keine Bürgschaft übernommen werde.

Der angebliche „Verleumdungsfeldzug“.

Rom, 13. Nov. Der „Popolo d'Italia“ bespricht die Tatsache, daß seit einer Woche wieder eine neue Verleumdungs- und Angriffskampagne gegen Italien auf der ganzen antisozialistischen internationalen Front im Gange sei. Die Italophobie gewisser ausländischer Zentren sei eine geschichtliche Erscheinung und das faschistische Regime habe alle diese Feindseligkeiten kühl berechnet und besonders alle Schwierigkeiten in Rechnung gezogen, die aus den Manövern der Freimaurer, Sozialisten und Plutokraten erwachsen könnten. Die Faschisten aber mögen streng die Befehle einhalten, die alle Kundgebungen gegen fremde Vertretungen und fremde Regierungen verbieten.

deutscher Sparkassen stiftig gemacht hat. Es sei gleichzeitig daran erinnert, daß in derselben Angelegenheit außerdem von der sozialdemokratischen Partei eine Ministeranklage erhoben wurde, die vom Nationalrat aber vor Schluß der Session nicht mehr erledigt wurde, weil die sozialdemokratische Partei ihren Minoritätsantrag nicht rechtzeitig fertigstellte. Der Untersuchungsausschuss nahm seine Arbeit erst nach Monatsfrist auf und beschäftigte sich dann, dank der sozialdemokratischen Beistütze, mit allem Eifer, als mit der Vereinigung der ihm übertragene Angelegenheit. Es ist ganz gewiß nichts dagegen einzuwenden, daß der Untersuchungsausschuss Nachforschungen angestellt hat, wie die Schwierigkeiten der Zentralbank entstanden sind, es ist aber unverantwortlich, daß er weit über den Rahmen der ihm gestellten Aufgaben hinausgegangen ist und dadurch die Vereinigung der Zentralbankangelegenheit sabotiert hat.

Es hat ja von Anfang an an Stimmen nicht gefehlt, die sagten, daß die Sozialdemokratie den Ausschuss nur dazu benutzen wird, um politisches Material für die kommenden Wahlen zu gewinnen, nicht aber um in die Zentralbank-Angelegenheit raschstens Ordnung zu bringen. Der Verlauf der Arbeiten des Untersuchungsausschusses hat diese Ansicht bestätigt, denn es wurde das Hauptgewicht auf die Ausforschung der verschiedenen Konti gelegt, nicht auf die Lösung der Aufgabe, die dem Ausschusse gestellt wurde.

Es ist übrigens kein Geheimnis, daß die Mehrheit des Kuratoriums eine Erhaltung der Zentralbank und der deutschen Sparkassen gar nicht wünscht. Christlichsoziale und Sozialdemokraten gaben sich alle Mühe, die Zentralbank deutscher Sparkassen als lästige Konkurrenz der Wiener Großbanken und der Zentralbank der Stadt Wien zu beschaffen. Das gleiche Schicksal ist der Postsparkasse zugefallen. Auch diese soll nach den Plänen der genannten Parteien verschwinden, damit der Aufstieg der Postsparkasse der Stadt Wien rascher vor sich gehen kann und somit die Sozialdemokratie auf dem Wege der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Erreichen kann, was ihr im Wege der Sozialisierung verweigert geblieben ist, die Eroberung unserer Wirtschaft. Ein Beweis hierfür ist die Tatsache, daß die Zentralbank der Stadt Wien, die vor einem halben Jahre erst über 21 Prozent des österreichischen Sparvermögens verfügte, jetzt bereits 32 Prozent der österreichischen Spargelder verwalte.

Wenn man diese Entwicklung bei der Zentralbank der Stadt Wien genau verfolgt, kann man ganz leicht auf den Gedanken kommen, daß der Zusammenbruch der Zentralbank deutscher Sparkassen ein gemachter war. Wenn man weiter die Tätigkeit des Kuratoriums und des parlamentarischen Untersuchungsausschusses beobachtet, muß man sich sagen, daß es sich da um eine großangelegte Sabotage mit recht geschickten Saboteuren handelt.

Dr. Renner verlangt eine neue Vermögensabgabe.

Zur Wiedergutmachung der Verluste bei der Zentralbank und bei der Postsparkasse.

Wien, 13. Nov. Gestern hielt der ehemalige Staatskanzler Dr. Karl Renner in Neunkirchen eine Rede, in der er u. a. sagte: Die Kreditanstalten der Bauern und Bürgerschaft und das Kreditinstrument des Staates, die Postsparkasse, das ganze gesellschaftliche Kreditwesen ist moralisch und materiell enturzelt und die ganze Volkswirtschaft steht nunmehr unter dem Diktate von fünf Großbanken. Eine einmalige Abgabe der Besitzenden von ihrem Vermögen muß den Schaden wieder gutmachen, den ihre Vertreter angerichtet haben. Nur so ist eine Erziehung der Demokratie möglich.

Die bevorstehenden Kämpfe im Parlament werden sehr bald offenbaren, daß mit der Aufhebung von Mißständen nur der erste Schritt getan ist. Der zweite Schritt ist die Wiedergutmachung des Schadens. Bei den Kämpfen um die Wiedergutmachung werden sich erst die tiefen Zusammenhänge dieser Katastrophe offenbaren.

Es wäre doch interessant gewesen, wenn Herr Dr. Renner auch gesagt hätte, womit die Sozialdemokraten den unermesslichen Schaden wiedergutmachen wollen, den sie der österreichischen Volkswirtschaft zugefügt haben, als sie am Ruder waren. Oder sollte Herr Dr. Renner die Schrecken der Inflationskatastrophe wirklich schon vergessen haben?

Wenn Breiner Finanzminister wird.

Auf der Landstraße besaß sich Dr. Bauer mit dem Thema, warum die Bourgeoisie mit der Republik unzufrieden ist und meinte, es werde und müsse gelingen, den Einfluß der Bourgeoisie zu brechen und die Mehrheit zu erringen. Dann ist es vorbei mit der Macht des Kapitalismus, dann wird die Republik so gestaltet werden, wie wir sie vor acht Jahren am 12. November 1918 schaffen wollten, dann wird sie zu einer Republik der Arbeit, zu einer sozialistischen Republik werden. Die Bourgeoisie weiß, daß die heutige Republik nur vorübergehend ihre Herrschaft sichert, wie während wird sie sein, wenn die Regierung in unsere Hände fällt und wie während wird sie erst sein, wenn der Breiner nicht mehr vom Rathhaus, sondern von der Himelportgasse aus die Kapitalisten erfassen wird. Dann wird sich die Bourgeoisie mit Tod und Teufel verbinden. Wir müssen dann bereit sein, die Republik mit aller Kraft, mit allen Mitteln und mit jedem Opfer zu verteidigen.

Gemeindewahlen in Deutschland.

II. Berlin, 15. Nov. Der gestrige Sonntag war in verschiedenen Teilen Deutschlands den Gemeindewahlen gewidmet. Bei den Wahlen in Sachsen ergaben sich in vielen Gemeinden nur ganz geringe Mehrheiten teils der Bürgerlichen, teils der Sozialdemokraten und Kommunisten. Bemerkenswert ist in einigen Gemeinden der Verlust der Kommunisten zugunsten der Sozialdemokraten. In Walsleben zusammenfassend kam es nur in Leipzig.

Auch in Baden wurden die Gemeinde- und Bezirksräte gewählt. Hier hat in einer Reihe größerer Städte die Sozialdemokratie sich als stärkste Partei behauptet. Auch das Zentrum hat gut abgeschnitten.

Berner wurden in Lübeck die Bürgerschaftswahlen vorgenommen; die meisten Mandate erhielt der bausenatische Volksbund.

Deutscher Wahltag in Polnisch-Oberschlesien.

Das größte Interesse dürften aber die Gemeindewahlen in Polnisch-Oberschlesien in Anspruch nehmen. Die Wahlen brachten geradezu Ueberraschungen, da in fast allen Kreisen die deutsche Mehrheit überwiegt. In den meisten Orten kam mit einer deutschen Mehrheit bis zu 60 Prozent gerechnet werden.

Falsche Gerüchte über Rücktrittsabsichten.

II. Berlin, 15. Nov. Zu Gerüchten, wonach Reichspräsident von Hindenburg beabsichtige, an seinem 80. Geburtstag von seinem Amte zurückzutreten, wird von amtlicher Stelle mitgeteilt, daß von einer solchen Absicht des Reichspräsidenten nichts bekannt sei und in diesen Kreisen auch nicht für wahrscheinlich gehalten werde.

Gegen die Bedrohung der Freiheit der Kunst in Deutschland.

II. Berlin, 14. Nov. Mehrere Mitglieder der preussischen Akademie der Künste, Sektion für Dichtkunst,

Präsident Dr. Waber über die Möglichkeit von Neuwahlen.

Wien, 14. Nov. In Währing fand kürzlich eine große deutsche Wählerversammlung statt, in der Vizepräsident Dr. Wotawa und Präsident Dr. Waber über die politische Lage sprachen. Dieser führte unter anderem aus:

Die Regierung und die Mehrheitsparteien sind bemüht, den von den Sozialdemokraten in seiner Arbeit lahmgelagerten Nationalrat wieder arbeitsfähig zu machen. Es hängt lediglich von dem Verhalten der Opposition ab, ob die großen sozialen Vorlagen bald in Kraft treten können oder nicht. Sollte aber die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes weiter unverbunden bleiben, dann werden die Sozialdemokraten wohl nicht viel Gelegenheit erhalten, ihre Obstruktion zu betreiben. Das Volk will von seiner Vertretung nützliche Arbeit. Kann diese von der jetzigen Volksvertretung nicht geleistet werden, dann wird eben eine andere gewählt werden müssen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß wir noch vor Ablauf der jetzigen Legislaturperiode Neuwahlen haben werden, in denen das Volk darüber entscheiden wird, ob es eine ruhige, aufbauende Politik will oder ob es sich der Führung jener anvertrauen will, deren Politik nach dem Umsturz die Schuld für die Inflation trägt, an deren Folgen wir noch heute so schwer leiden.

Die Saboteure.

Innsbruck, am 15. November.

Der Nationalrat hat in einer seiner letzten Sitzungen das zweite Zentralbankgesetz beschlossen, d. h. das Kuratorium für die Zentralbank der deutschen Sparkassen wurde um einen Monat verlängert. Was dies bedeutet, können nur jene ermessen, die Infolge der Verlängerung des Kuratoriums nennlich in Zahlungsschwierigkeiten gekommen sind, weil sie über ihre bei der Zentralbank befindlichen Guthaben, die sie im guten Glauben nicht beim ersten Ansturm auf die Bank abgehoben haben, nicht verfügen können. Es fragt sich nun, wer ist für diesen unabwehrbaren Zustand verantwortlich zu machen? Doch niemand anderer als der parlamentarische Untersuchungsausschuss, der die Kuratoren der Bank wochenlang mit der Ausfindigmachung politischer Konti in Atem gehalten hat und sie so außerstand setzte, rechtzeitig den Status der Bank fertigzustellen.

Bekanntlich wurde vor Schluß der Sommeression des Nationalrates ein eigener Ausschuss eingesetzt, um zu untersuchen, ob die Regierung Name! nicht gegen die gesetzlichen Bestimmungen gehandelt hat, weil sie ohne Befragung des Parlamentes Gelder für die Zentralbank

Literatur

Professor Franz Valentinič „Das Haselhuhn“. Als 28. Band der „Bücherei von Berg und Wald...“

Kinderwelt-Kalender 1927. Verlag Emil Binkau u. Co. Leipzig C 1, Wittenbergstraße 15.

Blodigs Alpenkalender 1927. 2. Jahrgang. 6 Kunstdruckbeilagen und 2 farbige Tafeln Alpenflora.

Turnen+Sport+Spiel

Innsbrucker Fußball. Der Sonntag brachte die Fortsetzung der Meisterschaft der A-Klasse... Der Sieger zerfahren und Beidvidena wurde gefährlich und erzielte auch ein Tor...

Auswärtsige Fußballwettkämpfe. Wien, 14. Nov. Die heutige Fußballmeisterschaft brachte in zwei Spielen sehr große Lorbeererfolge.

Gerichtszeitung

Waffenbetrügereien von Stoffhauflerern.

Das Urteil.

Innsbruck, 15. November.

Am Samstag um 12 Uhr mittags verkündete OOR. Dr. Köllensperger das im schöffengerichtlichen Verfahren gegen die bekannten zehn Stoffhaufler wegen Betruges gefällte Urteil.

Späte Rache.

Vor dem Einzelrichter, OOR. Wolf, hatten sich am Samstag die beiden Rache- und Hofzerbeiler Josef Graf und Josef Steidl...

Säger Johann Hötter schon lange verheiratet, weil er im Jahre 1922 mit ihm einen Streit gehabt hatte und wartete die ganze Zeit über auf eine günstige Gelegenheit...

§ Jarlacs Kölnischwasser. So heißt die Jahrhundert alte Fabrik von Kölnischwasser in Köln. Aber im Laufe der Zeit sind in Deutschland wie in Oesterreich mehrere Firmen entstanden...

Aus aller Welt

Die Angriffe gegen das Salzburger Mozarteum.

Wir berichteten in unserer Samstagnummer von den Angriffen, die in einem Wiener Blatt von einem gewissen Wilhelm Puller in Salzburg gegen das Salzburger Mozarteum erhoben wurden.

Riefenunterschlagungen bei einer Salzburger Firma.

Salzburg, 13. Nov. Bei dem Salzburger Großkaufmann Heinrich Schwaiber waren die Söhne angesehenen Kaufleute und Landwirte als Volontäre und Angestellte tätig.

mählich wurde dieser Widerspruch auffallend, doch ein Verdacht auf Angestellte der Firma schien ausgeschlossen. Erst im Jahre 1923 wurde ein Angestellter ertrappt...

Durch einen Beßrling kam nun Licht in diese Angelegenheit. Der Beßrling wurde nämlich dabei betreten, als er Zuckerwaren entwendete. Die Tat glaubte er damit entschuldigen zu können...

Der Nobelpreisräger Zsigmondy ein Oesterreicher.

Der Nobelpreis für Physik, der nach einer Meldung aus Stockholm für das Jahr 1925 zwischen den Professoren Josef Frank aus Göttingen und Friedrich Herz aus Halle zu teilen beabsichtigt wurde...

Richard Zsigmondy ist ein ernster Gelehrter, der in Wien geboren, seine ersten wissenschaftlichen Anfänge hier begann. Einem Rufe nach Jena folgend, übersiedelte er schließlich nach Göttingen...

Richard Zsigmondy hat nun mit Siedentopf gemeinsam die Idee praktisch verwirklicht. Und zwar beruht die Erfindung auf Beleuchtung des sonst dunklen Hintergrundes...

Benjo konnte bisher in der linearen Gastheorie ohne dieses Ultramikroskop bisher keine Bewegung nachgewiesen werden.

Vergrabene Goldschätze in Schönbrunn?

Schon öfter tauchten Gerüchte auf, es seien im Schönbrunner Park Schätze vergraben. Ein bekannter Rutengänger wurde dadurch veranlaßt, das ganze Gebiet abzugehen...

Die Auswände der Rute an den von Wein bezeichneten Stellen wurden wiederholt erprobt und an beiden Orten ein etwa 80 Quadratmeter großer, rechteckiger, 13 Meter langer und 6 Meter breiter Fleck festgestellt...

Daß bei irgend welcher Gelegenheit durch Mitglieder des Hauses Habsburg größere Werte vergraben wurden, ist kaum anzunehmen.

